

Loccumer Anstöße zur Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationskultur – Politik, Medien, Zivilgesellschaft

Der landläufig diskutierte „Glaubwürdigkeitsverlust“ der Politik, die „Politikverdrossenheit“ und gängige „Politikerschelte“ veranlassen uns dazu, uns über gemeinsame Normen für die Informations- und Kommunikationskultur in der Gesellschaft zu verständigen.

Daraus sind im Rahmen einer Loccumer Tagung mit Bürgern, Politikern und Journalisten folgende Anregungen und mögliche Orientierungen entstanden.

- Ein Bemühen um zu bessernde Informations- und Kommunikationskultur verlangt Interaktivität und Dialogbereitschaft von Seiten der Bürgerinnen und Bürger wie von Seiten der Politikerinnen und Politiker. Für diese Interaktivität und den notwendigen Dialog ist die Mitwirkung der Medien zentral.
- Grundlagen für einen solchen Kommunikationsprozess sind die Qualität der Aufarbeitung der Informationen, die Darstellung der Hintergründe, die Erklärung der Zusammenhänge und eine Haltung, die Information nicht als „Herrschaftswissen“ einsetzt. Dabei muss Information von allen Seiten gefördert und eingefordert werden.
- Gefordert ist Transparenz. Zu ihr gehört, dass Interessen und Entscheidungsprozesse offen gelegt werden und dass Information frei zugänglich ist und bleibt (zum Beispiel zu archivierten Publikationen und öffentlichen Bibliotheken mit Medienarchiven) und nicht zur Ware verkommt.
- Transparente Information muss Entscheidungsprozesse, Alternativen und Optionen aufzeigen, um Diskurse zu ermöglichen. Sie muss mit dem Vertrauen arbeiten, dass auch Vorurteilsstrukturen in diesen Diskursen aufgebrochen werden können.
- Diese Art Kommunikation erfordert die Achtung voreinander. Dazu gehört insbesondere, dem jeweils anderen zuzutrauen, gleichberechtigt zu kommunizieren und im Dialog Partner zu sein.
- Politikerinnen und Politiker sollen ihre Streitkultur so entwickeln, dass sie einen positiven Einfluss auf die Streitkultur der Gesellschaft insgesamt bewirkt. Das gilt ebenso für die Berichterstattung der Medien und die gelebte politische Kultur der organisierten Zivilgesellschaft.
- Besonders wichtig erscheint in diesem Sinne,
 - dem politischen Gegner stets Achtung und Aufmerksamkeit entgegen zu bringen,
 - die Würde des politischen Amtes und der parlamentarischen Prozeduren nicht zu beschädigen,
 - und damit die allgemeine Arbeitsgrundlage, Konsens- und Kooperationsbasis für Politik zu erhalten.

Es soll somit eine kommunikative Kultur entwickelt werden, bei der die Berichtigung von Falschinformationen als Qualität in der politischen Kommunikation wahrgenommen und auch geschätzt wird. Unter „falschen“ Informationen sind nicht nur die bewusste Lüge zu verstehen, sondern auch Behauptungen vor dem Hintergrund der Unwissenheit oder Ungewissheiten, die nicht als solche erkennbar gemacht werden. Betroffenen sollte das letzte Wort in der dargestellten Sache gegeben werden. Die Rechtzeitigkeit von Informationen, die richtige Wiedergabe von Entscheidungen, die Trennung von Fakten und Meinungen und die Veröffentlichung von Informationsstandards sind wichtige Elemente zur Beurteilung einer Nachricht. Zu dieser Beurteilung müssen die Medien selbst Kompetenz befördern.

Die Selbstreflexivität der Medien soll in ihrer Arbeit sichtbar werden. Selbstreferentielle Verengungen müssen aufgebrochen und Kontexte von Informationen sichtbar gemacht werden. Professionalisierte Formen der Personalisierung, Zersplitterungen von Kontexten, von Bestätigungsritualen und Emotionalisierung sowie Aktionismus sollen kritisch reflektiert und selbstreflexiv begleitet werden. Angesichts des Zustandes medialer Überhitzung, der Geschwindigkeiten in der Berichterstattung und den damit zusammenhängenden öffentlichen Erwartungen sollen Elemente der Verstetigung und Entschleunigung stärkere Berücksichtigung finden. Dabei geht es auch um Zeitrhythmen der politischen Beratung und Angemessenheit gegenüber dem Stand des politischen Prozesses. Möglichkeiten der Vertiefung von Information und Kommunikation (beim Lesen, Sehen und Hören) soll durch die Zugänglichkeit von umfassenderen Materialien und zusammenhängenden Darstellungen Rechnung getragen werden. Die Entfaltung multipler Perspektiven eines behandelten Gegenstandes gehört zur Verantwortung der Medien.

Die aktive Rechtskontrolle über die Medien und die politische Gestaltung des Rahmens, in dem sie arbeiten, sind ebenso erforderlich wie die Schaffung und Gewährleistung innerer Demokratie in den Verlagen und Redaktionen.

Die Eröffnung von Zugängen zu Informationen verlangt Angebote multipler Wege und medialer Möglichkeiten, die im Interesse der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern im politischen Kommunikationsprozess genutzt werden sollen.

Diese Überlegungen sollen auf einer weiteren Tagung vertieft und fortentwickelt werden.